

Die Republikanische Partei der USA steht möglicherweise vor einer Zerreißprobe. Noch vor kurzer Zeit belächelten viele Beobachter die Bewerbung des exzentrischen Milliardärs Donald Trump um die Nominierung der Grand Old Party (GOP) als Egotrip. Nun aber, zu Beginn des Vorwahlmarathons, hat sich der Provokateur in der Favoritenrolle festgesetzt. Muslimen will er die Einreise nach Amerika verbieten, Hispanics diffamiert er als Vergewaltiger. Trotzdem könnte Trump in den kommenden Monaten die Mehrheit der republikanischen Parteitage delegierten hinter sich bringen. Der Partei droht damit die Spaltung und der Absturz bei den Wahlen im November.

Das Außenseiter von einer der beiden großen Parteien nominiert werden, ist in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfe freilich nichts Neues. Auch vor rund einem halben Jahrhundert, 1964, konnte sich ein Kandidat mit extremen Forderungen gegen die damals noch liberale Parteiführung der Republikaner durchsetzen: Senator Barry Goldwater aus Arizona. Zwar verlor er am Ende gegen den amtierenden Präsidenten Lyndon B. Johnson, doch legte seine Kandidatur den Grundstein für den Triumph des Konservatismus unter Ronald Reagan. Auch Trump sollte nie darum nicht unterschätzen. Seine absehbare Niederlage könnte sich im Rückblick ebenso als Etappensieg einer neuen radikalen Wende entpuppen.

Anders als Trump, von dem die Wortführer des amerikanischen Konservatismus sagen, er wolle die Tyrannei von Big Government fortsetzen, war Barry Goldwater zeitlebens ein libertärer Konservativer. Geboren wurde er 1909 in Phoenix, Arizona, wo seine Familie ein Kaufhaus betrieb. Aus der libertären Tradition des amerikanischen Westens stammend, trat er in allen Lebensbereichen für ein Maximum an individueller Freiheit und ein Minimum an staatlicher Reglementierung ein. Das war damals eine Randposition des politischen Spektrums. Dominiert wurde die amerikanische Politik von Franklin D. Roosevelts New-Deal-Liberalismus, der als Antwort auf die Große Depression der dreißiger Jahre entstanden war. Der Staat, glaubten dessen Anhänger, müsse eine aktive Rolle in der Wirtschaft spielen, um Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und die Interessen von Arbeitnehmern und Konsumenten zu schützen. Den Verfechtern des freien Marktes gilt der New Deal bis heute als sozialistischer Sündenfall.

Auch unter dem republikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower (1953 bis 1961) erfolgte keine Trendwende. Bei prinzipienfesten Konservativen wuchs der Unmut über den längst in beiden großen Parteien verankerten »liberalen Konsens«. In seinem Manifest *Das Gewissen eines Konservativen*, von einem Redenschreiber verfasst, entwarf Goldwater 1960 dazu ein radikales Gegenprogramm: Er strebe nicht danach, den Staat effizienter zu machen, sondern kleiner. Er wolle nicht bessere Gesetze, sondern weniger. Er verspreche nicht soziale Sicherheit, sondern Freiheit. Viele Konservative empfanden das Buch als Weckruf, Goldwater machte es zum Star. Zu seinen Groupies gehörte auch die heutige demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton. Sie las das Buch in der neunten Klasse auf Anregung ihres Geschichtslehrers und bezeichnete sich rückblickend als »Goldwater girl«.

In dem zuvor von den Demokraten beherrschten Bundesstaat Arizona hatte Goldwater eine schlagkräftige republikanische Parteiorganisation aufgebaut und zweimal den Einzug in den US-Senat geschafft. Die Präsidentschaftswahlen von 1960 kamen für ihn allerdings zu früh. Bei der Kür des GOP-Kandidaten führte kein Weg am amtierenden Vizepräsidenten Richard Nixon vorbei, der schließlich mit hauchdünnem Rückstand gegen John F. Kennedy unterlag.

Bei der Vorbereitung auf das Wahljahr 1964 konnte Goldwater vor allem auf Unterstützung in den Bundesstaaten des Westens bauen. Aber auch im Süden fand er Anhänger. Dort begann die Vorherrschaft der Demokraten wegen der liberalen Bürgerrechtspolitik der Kennedy-Administration zu erodieren. Goldwater selbst war kein Rassist, er hatte sich als hoher Offizier der Air Force schon am Ende des Zweiten Weltkriegs für ein Ende der Rassentrennung in den Streitkräften eingesetzt. Kennedys Bürgerrechtsgesetz aber lehnte er ab,

weil es auch privaten Arbeitgebern die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe und Geschlecht verbot. Für Goldwater war dies ein verfassungswidriger Eingriff in die Freiheit des Privateigentums. Auch sein kompromissloses Eintreten für die Rechte der Einzelstaaten brachte ihm die Sympathien der Segregationisten im Süden ein. Es gehörte, obwohl er die Rassentrennung in den Südstaaten ablehnte, zu seinen konservativen Kernüberzeugungen.

Im Januar 1964 gab Goldwater seine Kandidatur für die Präsidentschaft bekannt. Er versprach den Amerikanern, sie hätten mit ihm überhaupt erst eine Wahl, weil er nicht das Echo der etablierten Politik, sondern eine wirkliche Alternative sei. Sein schärfster Rivale im Rennen um die Nominierung der Republikaner war der New Yorker Gouverneur Nelson Rockefeller, Führer des liberalen Parteiflügels und Exponent der Ostküstenelite. Viele konservative Wähler nahmen jedoch Anstoß an Rockefellers Privatleben: Wenige Jahre zuvor hatte er, kurz nach seiner Scheidung, seine langjährige Geliebte geheiratet. Goldwater wiederum erschreckte die Amerikaner mit leichtfertigen Äußerungen über den Einsatz taktischer Atomwaffen in Vietnam – in einem Krieg, den die amerikanische Öffentlichkeit noch gar nicht recht auf dem Schirm hatte. Wie für alle amerikanischen Konservativen galt das Credo des schlanken Staates auch für Goldwater nur nach innen. In der Außenpolitik war er ein antikommunistischer Falke, der Aufrüstung und eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion befürwortete.

Bei der republikanischen Basis kamen seine Botschaften offenbar gut an. Barry Goldwater gewann die Vorwahlen in Illinois, Texas und Kalifornien und verwies alle Konkurrenten mit deutlichem Abstand auf die Plätze. Allerdings gab es bis zuletzt Widerstand. Rockefeller wollte Goldwater »um jeden Preis« verhindern. In einflussreichen Parteizirkeln, denen auch Ex-Präsident Eisenhower zugerechnet wurde, soll es eine informelle »Stopp Goldwater«-Kampagne gegeben haben. Auf dem Nominierungsparteitag im Juli in San Francisco buhten Goldwaters Anhänger Rockefeller aus, als dieser vor den Gefahren des Extremismus warnte. Goldwater konterte in der Rede nach seiner Ernennung mit den legendären Worten: »Extremismus bei der Verteidigung der Freiheit ist kein Laster, Mäßigung im Kampf für Gerechtigkeit keine Tugend.«

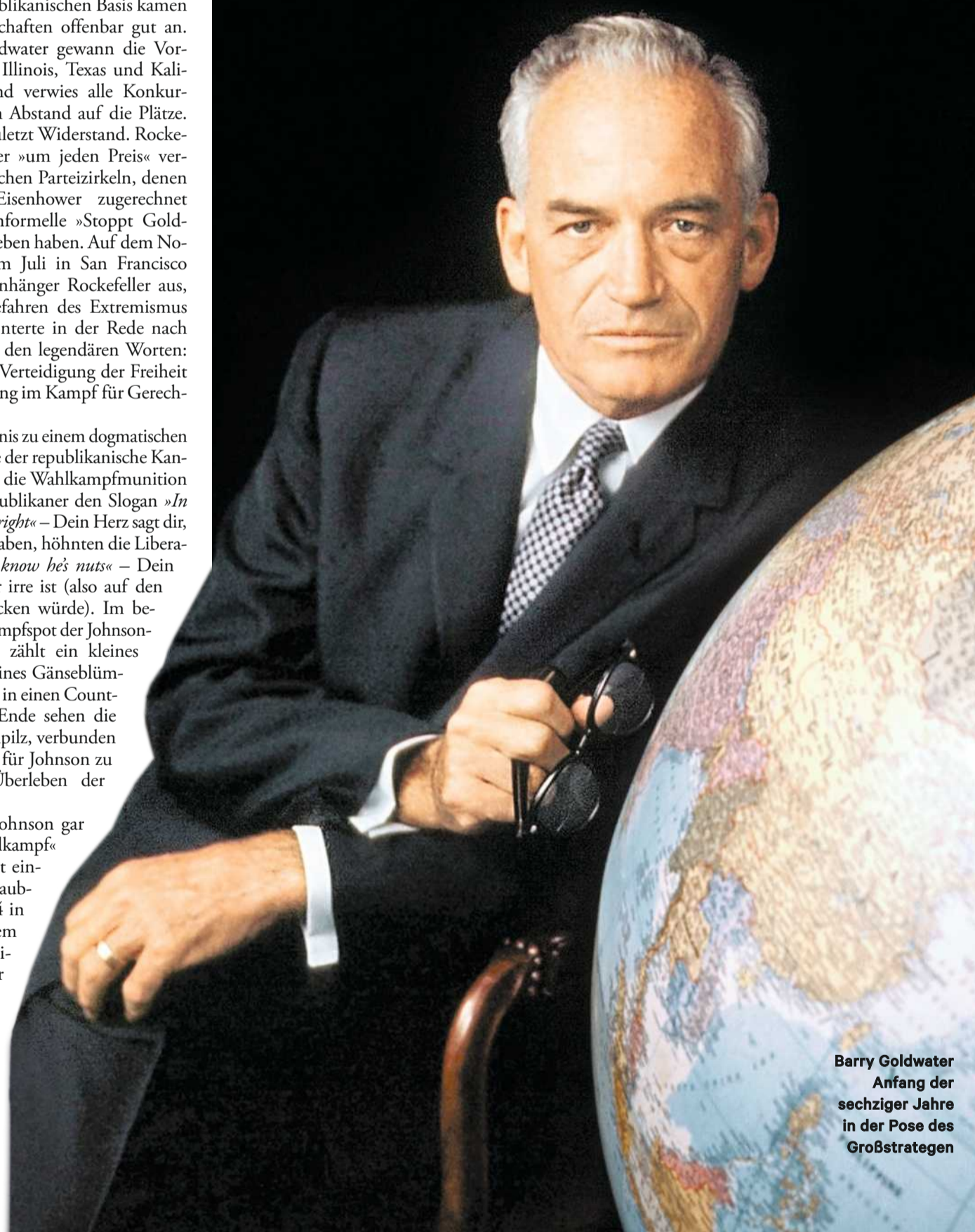
Mit seinem Bekenntnis zu einem dogmatischen Konservatismus lieferte der republikanische Kandidat den Demokraten die Wahlkampfmunition frei Haus. Als die Republikaner den Slogan »In your heart you know he's right« – Dein Herz sagt dir, dass er recht hat – ausgaben, höhnten die Liberalen: »In your guts you know he's nuts« – Dein Bauch sagt dir, dass er irre ist (also auf den nuklearen Knopf drücken würde). Im berühmten *Daisy*-Wahlkampfpot der Johnson-Kampagne zupft und zählt ein kleines Mädchen die Blätter eines Gänseblüchens, sein Zählen geht in einen Countdown über, und am Ende sehen die Zuschauer einen Atompilz, verbunden mit der Aufforderung, für Johnson zu stimmen, um das Überleben der Menschheit zu sichern.

Vermutlich hätte Johnson gar keinen »negativen Wahlkampf« gebraucht. Denn nicht einmal Goldwater selbst glaubte, wie er im Juli 1964 in einem Interview mit dem *Spiegel* erstaunlich freimütig zugab, dass er oder ein anderer Republikaner den Amtsinhaber schlagen konnte. Die Wirtschaft brummt, und Johnson, der Nachfolger des im November 1963 ermordeten John F. Kennedy, konnte mit seiner Bürgerrechtspolitik und seinem

Eine extreme Alternative

Er hat es Donald Trump vorgemacht: 1964 trat Barry Goldwater mit radikalen Parolen für die Republikaner an. Bei den Präsidentschaftswahlen erlitt er eine krachende Niederlage – den amerikanischen Konservatismus aber prägt er bis heute

VON MANFRED BERG



Barry Goldwater
Anfang der
sechziger Jahre
in der Pose des
Großstrategen

Krieg gegen die Armut das gesamte liberale Lager hinter sich versammeln. Tatsächlich ging es Goldwater auch gar nicht um den Wahlsieg, sondern um die Kontrolle über die Partei. Gegenüber Vertrauten soll er gesagt haben: »Erst müssen wir die Partei für uns gewinnen, dann sehen wir weiter.« Die Wahl im November 1964 bescherte ihm mit 38 Prozent der Wählerstimmen und 52 Wahlmännerstimmen eine deutliche Niederlage. Goldwater konnte lediglich seinen Heimatstaat Arizona und fünf Staaten des tiefen Südens gewinnen, wo seine Opposition gegen Johnsons Bürgerrechtsgesetz populär war. Aber hinter dem Triumph des Liberalismus zeichneten sich bereits die Konturen der zukünftigen konservativen Hegemonie ab. Man konnte das Wahlergebnis auch so interpretieren, dass selbst ein als extrem abgestempelter Konservativer, dem niemand eine Chance auf den Wahlsieg einräumte, fast 40 Prozent der Wähler gewonnen hatte, darunter viele junge Leute. Vor allem aber verließen die weißen Wähler des Südens in Scharen die Demokraten und suchten eine neue Heimat bei den konservativen Republikanern.

Einer der Ersten, die erkannten, dass Goldwaters Kampagne den Beginn einer konservativen Wende bedeutete, war der Schauspieler Ronald Reagan. In einer viel beachteten Rede sekundierte er Goldwaters Botschaft, dass ein Staat, der die Kontrolle über die Wirtschaft anstrebe, geradezu in den Totalitarismus führen müsse. Reagans Eintreten für Goldwater trug ihm unter konservativen Republikanern viel Sympathie ein und empfahl den »großen Kommunikator« für höhere Aufgaben. Zwei Jahre später, im November 1966, wurde Reagan mit großem Vorsprung zum Gouverneur von Kalifornien gewählt, wo er sich seine ersten Sporen als konservativer Hardliner im Kampf gegen linke Protestler und »Sozialschmarotzer« verdiente.

Spätestens als Reagan 1981 ins Weiße Haus einzog, durfte sich Barry Goldwater gerechtfertigt fühlen. Sein Nachfolger als Senator von Arizona, John McCain, schrieb ihm das Verdienst zu, die Republikanische Partei dem elitären Ostküstenklüngel entrisen und zur Partei Ronald Reagans umgeformt zu haben. Doch Goldwaters libertäre Staatsskepsis ist nur die eine Hälfte der Geschichte vom Siegeszug des amerikanischen Konservatismus. Die andere ist der Aufstieg der religiösen Rechten, deren Einfluss auf die Partei in den achtziger und neunziger Jahren beständig zunahm. Sehr zum Verdruss Goldwaters, der die Verquickung von Religion und Politik immer ablehnte. Rechte Prediger wie »Pat« Robertson und Jerry Falwell hielt er für Schwindler, denen man »in den Hintern treten« sollte. Er selbst blieb ein Libertärer, der auf seine alten Tage – er starb 1998 – für das Recht auf Abtreibung, die Zulassung von Homosexuellen zum Militär und die Legalisierung von Marihuana zu medizinischen Zwecken eintrat.

Beim libertären, marktradikalen Flügel des amerikanischen Konservatismus genießt Barry Goldwater heute beinahe Kultstatus, der nur noch übertroffen wird von der mythischen Verehrung für Ronald Reagan. Beide gelten ihren Bewunderern als standhafte Helden, die in Zeiten liberaler Hegemonie Kurs hielten.

Donald Trump dagegen stößt bei amerikanischen Konservativen aller ideologischen Richtungen auf tiefes Misstrauen. Statt Prinzipien und Programm zu bieten, zelebriert er lustvoll sein XXL-Ego und ködert verunsicherte Wähler mit Fremdenfeindlichkeit und der Ankündigung, das Land wie seine Unternehmen zu führen. Trump geriere sich wie ein »amerikanischer Mussolini«, schrieb kürzlich David Boaz vom libertären Cato Institute. Barry Goldwater und Ronald Reagan wären von ihm entsetzt gewesen.

Aber was, wenn »The Donald« es am Ende schaffen sollte, die GOP zu kapern? 1964 blieb eine Spaltung aus, weil auch Goldwaters liberale Gegner anerkannten, dass er eine legitime Strömung in der Partei repräsentierte. Dass die Republikaner Trump ihr Banner so einfach überlassen werden, darf man bezweifeln. Im Moment scheint nur eines klar: Die amerikanische Parteienlandschaft gerät rechts und links in Bewegung. So stark wie seit fünf Jahrzehnten nicht mehr, als sich Barry Goldwater aufmachte, den Konservatismus mehrheitsfähig zu machen.

Manfred Berg lehrt Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg

ZEITLÄUFTE

Die Mitte, aber wo liegt sie?

Zwischen grünen Rechtspopulisten und einer »linken« CDU-Kanzlerin? Hoffentlich nicht

VON MAXIMILIAN PROBST

Eine alte Angst geht um in Deutschland: Weimarer Verhältnisse! Die radikalen Ränder, heißt es, bestimmten die Debatte. Ein Prozess fortschreitender Polarisierung habe die Gesellschaft ergriffen, die Mitte schwinde.

Wo aber liegt die Mitte? Darüber herrscht hierzulande nicht mal geografisch Einigkeit. Die einen halten Oberdorla, die anderen Besse, die Nächsten einen Weiler namens Landstret für Deutschlands Mittelpunkt. Beträchtliche Entfernungen spannen sich zwischen diesen drei Orten. Gemeinsam ist ihnen nur, dass nahezu keiner je von ihnen gehört hat, geschweige denn weiß, wo sie zu finden sind. Die Mitte also: Gibt es sie überhaupt? Und wenn ja, in wie vielen Farben?

Golden ist sie jedenfalls nicht immer. Schon die Weimarer Republik scheiterte nicht daran,

dass sich Nationalsozialisten und Kommunisten auf der Straße bekriegten, sondern dass die Deutschen die Demokratie preisgaben. Den »Extremismus der Mitte« nannte das der amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset, als er Ende der fünfziger Jahre den Siegeszug des Nationalsozialismus analysierte. Diese extreme Mitte war schweigsam. Aber sie schuf Fakten.

Derzeit verschieben sich wieder einmal die Gewichte. Und das in aller Stille, verglichen mit den heftigen Debatten 1993 um die Änderung des Asylrechts. »Begrenzung des Familiennachzugs«, »Verstärkung statt Abbau von Grenzkontrollen«, »Ausweisung bei wiederholten oder schweren Straftaten«: Diese Forderungen – sie stammen aus dem Bundesparteiprogramm der Republikaner von 2011 – sind heute gängig und

zum Teil beschlossene Sache. Dennoch gilt Angela Merkel Tausenden »besorgten Bürgern« als eine Art Linksradikale.

Wo aber bleibt das alte linke Spektrum, wenn Merkel die neue Linke ist? Was etwa ist mit dem Aktionsbündnis »Kein Mensch ist illegal«? 1997 gegründet, setzte es sich lange Zeit dafür ein, dass alle Menschen, die auf deutschem Boden landen, auch deutsche Papiere bekommen. Zuletzt hat man nichts dergleichen gehört. Auch die Forderung, die Fluchtwege für Syrer zu legalisieren, erhebt kaum noch jemand: Statt mit Schleppten könnten sie ja weit sicherer und billiger mit dem Flugzeug nach Europa kommen. Wird man das noch sagen dürfen? Nur unter der Gefahr, in die linksradikale Ecke gestellt zu werden. Und wollte einer gar den CDU-Politiker Hermann von Man-

gold zitieren, der 1948 meinte, jede Voraussetzung für die Gewährung des Asylrechts mache »die ganze Vorschritt wertlos«, nun, der kann heute damit rechnen, ein Fall für den Verfassungsschutz zu sein.

Einem Mann wie Boris Palmer von der grünen Alternative für Tübingen gelingt es unterdessen müheles, die CDU-Kanzlerin rechts zu überholen. Zwischen welchen Rändern ist also neuerdings die Mitte zu suchen? Zwischen Angela Merkel links und Frauke Petry rechts außen? Ist die Mitte dann da, wo sich Horst Seehofer tummelt? Fragt sich, ob demnächst auch das Grundgesetz, entstanden aus der Sorge vor Weimarer Verhältnissen, als eine Ausgeburt linksliberalen Gutmenschenentums gelten wird. Dann müsste man wirklich anfangen, Angst zu haben.